

Monopole im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution noch mehr zum Anachronismus geworden ist, als das bisher schon der Fall war.

Wir sagen offen, daß wir mit diesen demokratischen Vorschlägen der fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands sympathisieren. Die Bevölkerung der westdeutschen Bundesrepublik wird selber entscheiden, auf welche Weise schließlich der Übergang von der formierten Herrschaft der CDU/CSU zur Demokratie in Westdeutschland erfolgen wird. Im Endergebnis jedenfalls sind Demokratie und Sozialismus für die westdeutsche Bundesrepublik die einzige Alternative zur unmenschlichen und menschenunwürdigen formierten Herrschaft des Monopolkapitals und zum aufkommenden Neonazismus.

### **Der Kampf der DDR für die europäische Sicherheit**

Für uns, die Deutsche Demokratische Republik, ergibt sich, daß wir der europäischen Sicherheit auch in Zukunft allergrößte Bedeutung zumessen werden. Der Kampf gegen die Revanchepolitik der herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik wird dabei immer stärker zu einem gesamteuropäischen Anliegen. Das von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages entwickelte konstruktive Programm zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa weist Ziel und Weg.

Ihr wißt, liebe Genossen, daß wir nach dem „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“, den wir 1964 mit der Sowjetunion abgeschlossen haben und der zunächst den Zeitraum bis 1984 beziehungsweise 1994 umfaßt, jetzt ähnliche Verträge auch mit der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik unterzeichnet haben. Zwischen diesen beiden befreundeten sozialistischen Staaten — und auch zwischen ihnen und der Sowjetunion — bestehen ebenfalls analog langfristige Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Das ist ein guter Ausgangspunkt.

Die mit Hilfe dieser Verträge erfolgte oder im Gange befindliche Verzahnung der Volkswirtschaften, ihre Zusammenarbeit und Arbeitsteilung beschleunigen und fördern die Entwicklung nicht nur der unmittelbar beteiligten, sondern aller sozialistischer Staaten. Wir durchkreuzen damit zugleich die Versuche der imperialistischen Regierungen, vor allem der USA und auch Westdeutschlands, mit Hilfe ihrer „beweglicheren“ Politik die sozialistischen Länder auseinanderzumanövrieren und insbesondere